

Reform der Staatsaufgaben

Die von der Bundesregierung eingesetzte Aufgabenreform- und Deregulierungskommission hat im Juni 2014 ihre Arbeit aufgenommen. Der Kommission gehören auch Mitarbeiter des BMI an.

Die Schaffung einer unabhängigen *Aufgabenreform- und Deregulierungskommission (ADK)* wurde im Arbeitsprogramm der Bundesregierung für 2013 bis 2018 angepeilt. Die Kommission ist auf Grundlage von Vorarbeiten – unter anderem von Ergebnissen des Österreich-Konvents, Empfehlungen des Rechnungshofes und Vorschlägen der Landeshauptleute – beauftragt, den „Normenbestand systematisch zu untersuchen“ und „unter Setzung von Schwerpunkten“ dahingehend zu hinterfragen, „ob Vereinfachungen möglich sind bzw. ob auf bestimmte Regelungen verzichtet werden kann“. Die Modernisierung und Effizienzsteigerung der Verwaltung soll weiter optimiert werden; der Abbau von bürokratischen Barrieren und Doppelgleisigkeiten soll sowohl die Bevölkerung, als auch Unternehmen entlasten.

Mit Ministerratsbeschluss vom 20. Mai 2014 wurde die Einsetzung der Aufgabenreform- und Deregulierungskommission beschlossen. Geleitet wird sie vom Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Thienel, und von seinem Vorgänger Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Jabloner. Der Kommission gehören 16 Mitglieder an. Neben den beiden Vorsitzenden sind das die Unternehmerinnen Dr. Monika Kircher und Sonja Völker, die Sektionsleiter Dr. Herbert Kasser (BMVIT), Dr. Manfred Matzka (BKA), Dr. Stefan Steiner (BMEIA), Ing. Mag. Andreas Thaller (BMASK),



ADK-Vorsitzende: VwGH-Präsident Rudolf Thienel, VwGH-Präsident a. D. Clemens Jabloner.

Dr. Matthias Tschirf (BMFWF), Dr. Mathias Vogl (BMI), Mag. Christian Weissenburger (BMVIT) und Mag. Gerhard Zotter (BMF) sowie die Landesamtsdirektoren Dr. Robert Tauber (Burgenland), Dr. Werner Seif (Niederösterreich), Dr. Heinrich Christian Marckhgott (Salzburg) und Dr. Erich Hechtner (Wien). Vier Untergruppen mit zusätzlichen Mitwirkenden unterstützen die Kommission bei ihrer Arbeit: Sie befassen sich mit „Bürokratieabbau“, „Aufgabenreform“, „Wirtschaft“ und „Förderungen“. Die Untergruppe „Aufgabenreform“ wird von den Sektionschefs Vogl und Thaller geleitet. Seitens des Innenressorts arbeiten auch Gruppenleiter Mag. Walter Grosinger und Abteilungsleiter-Stellvertreter Mag. Gregor Wenda, MBA, in diesem Gremium mit.

Am 13. Juni 2014 konstituierte sich die ADK mit ihren Untergruppen und begann mit einer Sichtung der Arbeits-

pakete. Über die Sommermonate wurden die Reformvorschläge zahlreicher Institutionen auf erste mögliche Maßnahmen durchgesehen und eigene, weitergehende Reformvorschläge entwickelt. Nach einer Sitzung am 4. September 2014 und einem Experten-Hearing am 17. September 2014 verabschiedete die ADK einen ersten Bericht, der primär rasch umsetzbare Vorschläge und Schritte zum Bürokratieabbau, zu Erleichterungen für Bürger und Unternehmen und zur Reform staatlicher Aufgaben enthält. Der Bericht, der der Bundesregierung vorgelegt wurde, gliedert die Vorschläge an Hand einer speziellen Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates (*Classification of the Functions of Government – COFOG*). Auf eine kurze Sachverhaltsbeschreibung folgen die Nennung des Vorschlags oder der Maßnahme, die Quelle des Vorschlags und weiterführende Anmerkungen. Ein Großteil der Vorschläge des ersten Berichts an die Bundesregierung wurde vom Ministerrat in seiner Sitzung am 20. September 2014 in Form eines Arbeitspapiers mit dem Titel „Maßnahmenpaket Bürgernaher Staat“ beschlossen und soll in weiterer Folge umgesetzt werden. Im Verlauf des Herbstes wird es ein erneutes Expertenhearing und die Verabschiedung weiterer Vorschläge in einem zweiten Bericht geben. Auch der nächste Zeitplan der ADK wird dabei beschlossen werden.

G. W.

www.aufgabenreform.at

OK-BEKÄMPFUNG

Arbeitstreffen in Moskau

Zum vierten Mal fand das operative Arbeitstreffen zwischen russischen und österreichischen OK-Bekämpfern statt. Vertreter des österreichischen Bundeskriminalamtes besuchten vom 30. September bis 2. Oktober 2014 die Dienststelle zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Moskau, um die operative Zusammenarbeit zu vertiefen und Ermittlungsfälle zu besprechen.

Das russisch-österreichische Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen OK und illegaler Suchtgifthandel besteht seit 1990. Im Dezember 2010 wurde eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Ziel der koordinierten Vorgehensweise bei internationaler organisierter Kriminalität vereinbart. Die Treffen finden seither abwechselnd in Wien und Moskau statt. Der Schwerpunkt der diesjährigen Gespräche lag auf den Ermittlungen gegen die krimi-

nelle Vereinigung „Diebe im Gesetz“. Die österreichische Delegation bestand aus dem Leiter der BK-Abteilung für Ermittlungen, allgemeine und organisierte Kriminalität, Dr. Ernst Geiger, dem Leiter des Büros zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Mag. Andreas Holzer, dem stellvertretenden Referatsleiter für eurasische OK, Thomas Koller und dem polizeilichen Verbindungsbeamten des BMI in Moskau, Thomas Grunert-Ruiner.